

V-3-0; 210-223

Antragsteller*innen: Kerstin Andreae u.a.

Gegenstand: V-3 Für einen fairen Handel: CETA-Vertrag nicht zustimmen
(Sonstige Anträge und Resolutionen)

ÄNDERUNGSANTRAG V-3-0; 210-223

- 1 **In Zeile 0 (Überschrift) ersetze „zustimmen“ durch „ratifizieren“**
- 2 **Ersetze Zeile 210 ab „In der Gesamtbetrachtung“ bis Zeile 223 „neu zu beleben“ durch:**
- 3 In der Gesamtbetrachtung ergibt sich für uns GRÜNE folgende Bewertung des Handelsab-
- 4 kommens zwischen der EU und Kanada:
- 5 CETA widerspricht den Kriterien, die wir GRÜNE an faire Handelsabkommen anlegen und
- 6 bleibt nicht zustimmungsfähig.
- 7 Wir GRÜNE setzen uns weiter für Handelsabkommen ein, die transparent verhandelt wer-
- 8 den, an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind und
- 9 zugleich die etablierten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen nicht schwä-
- 10 chen und bewährten Prinzipien in Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz wie das
- 11 Vorsorgeprinzip stärken und verbreiten statt sie zu schwächen oder zu gefährden.
- 12 Das umstrittene Handelsabkommen zwischen EU und Kanada wird seit September vor-
- 13 läufig angewendet. Damit sind große Teile des Abkommens gültig geworden, noch bevor
- 14 die EU-Mitgliedstaaten es ratifiziert haben. Der problematischste Teil des Abkommens,
- 15 die umstrittene Investorenklage-Möglichkeit, tritt aber erst in Kraft, wenn sämtliche EU-
- 16 Mitgliedstaaten das Abkommen ratifiziert haben.
- 17 Im Rahmen der Sondierungsverhandlungen auf Bundesebene konnten wir GRÜNE mit
- 18 CDU/CSU und FDP vereinbaren, dass das Ratifizierungsverfahren ausgesetzt wird und es
- 19 bei der beschränkten vorläufigen Anwendbarkeit bleibt. Wir werden uns weiter auf allen
- 20 Entscheidungsebenen dafür einsetzen, dass das Ratifizierungsverfahren ausgesetzt bleibt
- 21 und Deutschland CETA in der vorliegenden Fassung nicht ratifiziert. In Zukunft darf eine
- 22 Bundesregierung im EU-Ministerrat keinen weiteren Handelsabkommen mit Sonderklage-
- 23 rechten für Investoren zustimmen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antragsteller*innen

Kerstin Andreae (KV Freiburg), Franziska Brantner (KV Heidelberg), Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt), Anna Christmann (KV Stuttgart), Margit Stumpp (KV Heidenheim), Andrea Lindlohr (KV Esslingen) Sonja Ruff (KV Tübingen), Michael Wustmann (KV Heidelberg), Lena Benicke (KV Stuttgart), Sebastian Engelmann (KV Ludwigsburg), Bennet Müller (KV Aalen/Ellwangen), Matthias Stolzenburg (KV Heidelberg), Stefan Benzing (KV Ludwigsburg), Anna Maria Uhl (KV Stuttgart)